

Antrag

der Abgeordneten Dr. Valerie Wilms, Undine Kurth (Quedlinburg), Bärbel Höhn, Ute Koczy, Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Dr. Hermann Ott, Dorothea Steiner, Cornelia Behm, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Nicole Maisch, Ingrid Nestle, Friedrich Ostendorff, Brigitte Pothmer, Markus Tressel, Daniela Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ölkatastrophen vermeiden – Raubbau an Mensch und Natur ausschließen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zwei Wochen nach der Explosion der Bohrplattform „Deepwater Horizon“ am 20. April 2010 droht der Südküste der USA eine Ölpest mit unabsehbaren Folgen für die Natur, die Fischerei und die Wirtschaft. Bisher sind alle Maßnahmen zum Verschluss des Öllecks fehlgeschlagen. Aus dem unterseeischen Bohrloch könnten laut US-Küstenwache täglich bis zu 1,13 Millionen Liter Rohöl austreten. Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Ölteppichs haben bisher keinerlei Wirkung gezeigt. Derweilen treibt der Ölteppich auf die besonders sensiblen Küstengebiete am Mississippidelta zu. Befürchtet werden großräumige ökologische und ökonomische Schäden, deren Beseitigungskosten noch nicht einmal ansatzweise geschätzt werden können.

Die schwindenden Ölreserven führen zur Förderung unter risikoreicheren und umweltschädlicheren Bedingungen nicht nur Offshore sondern auch bei Ölsanden in Kanada und in Permafrostregionen. Der steigende Ölpreis verleitet zu immer riskanteren Fördermethoden, die unsere Abhängigkeit vom Erdöl zementieren und katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt immer wahrscheinlicher machen. Die Katastrophe vor Amerikas Küste zeigt, dass die Ausbeutung der Ölreserven zu einer Hochrisikotechnologie geworden ist.

Erdöl wird nicht nur im Golf vom Mexiko gefördert. Insbesondere auch die afrikanische Küste erlebt einen Erdöl-„Boom“, der große Umweltschäden nach sich ziehen kann. Gerade im gesamten Golf von Guinea wurden in den letzten Jahren große Ölvorkommen entdeckt. Dort wurde die Ölförderung bereits enorm ausgeweitet und weitere Ölfelder sollen in den nächsten Jahren erschlossen werden. Auch die Weltbank bzw. ihre Tochter IFC (Internationale Finanz-Corporation) beteiligt sich durch Kredite, die Erdölunternehmen gewährt werden, an der Offshore-Exploration oder -Förderung, wie z. B. 2009 im Falle des Jubilee-Ölfelds vor der Küste Ghanas.

Was in Förderländern häufig fehlt, sind verbindliche Standards und Kontrolle. Doch nur mit Kontrolle und einem konsequenten Kampf gegen Korruption können das Unfallrisiko richtig eingeschätzt und Unfälle verhindert werden.

Auch bei uns haben wir ein Problem. In der Nordsee stehen mehr als 450 Förderplattformen, die Erdöl und Erdgas fördern. Dort kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Zwischenfällen, die sowohl Menschenleben forderten als auch zu Verschmutzungen der Gewässer führten. Bisher sind aufgrund der geringeren Tiefe und damit der besseren Beherrschbarkeit solcher Unfälle deutlich weniger Schäden verursacht worden. Die Tendenz in immer schwierigeren Gewässern und in immer größeren Tiefen Erdöl zu fördern, besteht jedoch auch im Gebiet der Nordsee und des Nordost-Atlantik. Nicht auszuschließen ist, dass bei einer vergleichbaren Katastrophe in diesem Meeresgebiet auch die deutsche Küste mit dem Weltnaturerbe Wattenmeer, mit seinen einmaligen hochsensiblen Lebensräumen in Mitleidenschaft gezogen wird.

Weg vom Öl bedeutet auch weg von der schleichenden Ölverschmutzung beim Normalbetrieb. Schon heute ist die Nordsee einer permanenten Ölverschmutzung ausgesetzt. Laut Angaben von Greenpeace gelangen Jahr für Jahr über 10 000 Tonnen Öl im Normalbetrieb in die Nordsee. Dazu kommt nochmals ungefähr dieselbe Menge, die von Schiffen jährlich illegal in das Meer geleitet wird.

Der einzige Weg, um solche Desaster wie an der US-amerikanischen Küste zu vermeiden, ist eine Abkehr von der Fixierung auf das Erdöl. Erneuerbare Energien müssen konsequent gefördert und ihr Einsatz ausgebaut werden. Im Verkehrsbereich müssen die Anstrengungen hin zu alternativen Antrieben und neuen Verkehrskonzepten deutlich verstärkt werden, um den Weg ins postfossile Zeitalter beschreiten zu können. Bis dahin ist es dringend erforderlich, die Erdölförderung umwelt- und sozialverträglicher zu gestalten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- mit einer konsequenten Förderpolitik, die Umstellung der Energieversorgung, der Wirtschaft und des Verkehrswesen auf erneuerbare Energien und ökologische Rohstoffe zu unterstützen, um damit die Abhängigkeit Deutschlands vom Öl mittelfristig zu beenden;
- die deutschen Notfallpläne für die Bekämpfung von Ölverschmutzungen im Gebiet der deutschen Nordsee zu überprüfen und anzupassen sowie die diesbezügliche europäische und internationale Zusammenarbeit zu verbessern und zu verstärken;
- die Suche nach und die Förderung aus Erdölvorkommen in ökologisch sensiblen Gebieten in deutschen Hoheitsgewässern und der AWZ (Ausschließliche Wirtschaftszone), einschließlich Nationalpark Wattenmeer, zu beenden;
- keine öffentlichen Gelder für die Suche und die Förderung von Erdöl in Meeresgebieten bereitzustellen, und hierfür auch keine Bürgschaften und Investitionsgarantien zu gewähren;
- sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und die Europäische Investitionsbank keine Kredite mehr an Erdölunternehmen vergeben und stattdessen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz investieren;
- sich auf europäischer und internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass keine Bohrlizenzen mehr für Tiefen von mehr als 500 Metern erteilt werden;
- sich auf europäischer und internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass Bohrlizenzen nur erteilt werden bei Einsatz der besten verfügbaren Technik, die eine ökologische Belastung der Meere verhindert und die Sicherheit der Beschäftigten gewährleistet. Diese Standards müssen verbindlich und einklagbar sein;
- sich auf internationaler Ebenen dafür einsetzen, dass Bohrlizenzen nur erteilt und verlängert werden dürfen, wenn eine Technik verwendet wird, die sicher-

stellt, dass praktisch kein Öl über das Abwasser der Plattformen ins Meer gelangt;

- sich auf europäischer und internationaler Ebene für strenge Umwelt- und Sozialstandards bei der Erdölförderung einzusetzen;
- die Haftungsfrage bei Schäden durch die Erdölförderung in deutschen Hoheitsgewässern und AWZ eindeutig nach dem Verursacherprinzip festzulegen;
- eine Lotsenpflicht für Tanker, in deutschen Hoheitsgewässern, innerhalb schwieriger Passagen einzuführen.

Berlin, den 4. Mai 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

